

REVOLUTION

sozialistische Jugendorganisation ✪ Nummer 9

NEIN!

Hartz IV?
Ein-Euro-Jobs?
Arbeitszeitverlängerung?
Lohnkürzungen?
Steuergeschenke für Konzerne?
Aufrüstung in Milliardenhöhe?
Ein permanenter Krieg?
Nazis überall?
Rassistische Hetze?
Unterdrückung in der Schule?
Kapitalismus auf der ganzen Welt?!?

WIR LASSEN UNS NICHT MEHR VERARSCHEN!

www.onesolutionrevolution.de



Nummer Neun...
Nummer Neun...

Die neunte Ausgabe von REVO. Revolution Number Nine.

So hieß ein Lied von den Beatles auf dem 1968 veröffentlichten White Album. Kein Lied im eigentlichen Sinne, vielmehr eine Tonkollage: Bruchteile von Unterhaltungen, Sprechchören und Protestliedern. Geräusche einer tiefen Umwälzung der Gesellschaft. Und im Hintergrund verkündet eine Professorenstimme: „Number Nine, Number Nine, Number Nine."

In den mehr als acht Minuten kann man einen einzigen kompletten Satz entziffern: „Take this Brother, may it serve you well."

Nimm dies, Bruder, möge es dir nützlich sein. Was meint er? Eine Pistole? Eine Bombe? Vielleicht meint er was viel Wichtigeres: eine kleine politische Zeitung. Wenn wir eine Revolution durchführen wollen, brauchen wir klare Ideen über den Weg und das Ziel.

Also nimm diese Zeitung, Bruder/Schwester, möge sie dir nützlich sein!

Denn im Jahre 2005 können wir eine Menge Kämpfe erwarten: Die Besetzung des Irak, die bereits 100.000 IrakerInnen das Leben gekostet hat, geht weiter. Tag für Tag wächst der Widerstand dagegen im Irak und in den USA selbst. In der BRD können wir am 23. Februar George Bush persönlich unsere Ablehnung zeigen!

Der Tsunami im indischen Ozean zeigt uns, wie gefährlich das Leben im globalen Kapitalismus sein kann. Hunderttausende Menschen sind gestorben, weil in diesem System Warnsysteme gegen Naturkatastrophen für Militärbasen, aber nicht für bevölkerungsreiche Städte gebaut werden. Aber kein Problem, die Regierungen des Westens spenden großzügig – gerade mal so viel, wie sie für Zwei Tage Kriegsführung ausgeben!

Hartz IV ist jetzt Gesetz im Land – Armutslöhne und Zwangsarbeit werden für Hunderttausende zum Alltag. Und die Proteste ließen nicht auf sich warten: Wir hatten schon Montagsdemos und die bundesweite Demo am 2. Oktober. (Und die tolle Weihnachtsmann-Aktion von REVO – siehe „Weihnachten gespart..." auf unserer Website). Agenturschluss war am 3 . Januar und am 9. kommt Karl-und-Rosa. Dann kommen die Proteste gegen die NATO-Kriegstagung am 12. Februar, die europaweite Demonstration gegen die EU am 19. März, der 1. Mai 2005 usw.

Wir können dafür sorgen, dass die „Ordnung und Sicherheit", mit der die Herrschenden die ganze Welt ausbeuten wollen, unsicher wird.

Wie Rosa Luxemburg vor 86 Jahren schrieb: *„Ordnung herrscht in Berlin!" Ihr stumpfen Schergen! Eure „Ordnung" ist auf Sand gebaut. Die Revolution wird sich morgen schon „rasselnd wieder in die Höh' richten" und zu eurem Schrecken mit Posaunenklang verkünden:*

Ich war, ich bin, ich werde sein!

Berlin, den 7. Januar 2005

Join the Revolution!

- ☐ ich möchte __ Exemplare zum Weiterverkaufen
- ☐ ich möchte bei einer Demo/Aktion mitmachen
- ☐ ich möchte eine kommunistische Gehirnwäsche
- ☐ nein, danke, ich werde lieber Börsenhändler

Name

Adresse

Telefon

Email

Schule/Uni/Arbeit

schick das an: **REVOLUTION**
Postfach 146, 13091 Berlin
info@onesolutionrevolution.de
☎ 030 / 62 60 77 41

REVOLUTION ist eine internationale sozialistische Jugendorganisation, die in 8 Ländern auf 2 Kontinenten organisiert ist.

Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus.

Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

REVOLUTION berlin
jeden Samstag um 14 Uhr, Kiezladen
Dunckerstr. 14, S-Bhf Prenzlauer Allee
info@onesolutionrevolution.de

REVOLUTION bundesweit
bernau@onesolutionrevolution.de
bremen@onesolutionrevolution.de
muenster@onesolutionrevolution.de
osnabrueck@onesolutionrevolution.de
stuttgart@onesolutionrevolution.de

V.i.S.d.P.
R. Müller, Hamburg

DEIN GELD DER REVOLUTION!

Die Produktion dieser Zeitung, der Vertrieb einer Website, finanzielle Hilfe für junge GenossInnen, damit sie zu Demos fahren können – das kostet Unmengen an Geld. Als eine kleine Jugendgruppe haben wir viel zu wenig davon. Deshalb bitten wir unsere LeserInnen um kleine Spenden, denn selbst revolutionäre Gruppen brauchen Produktionsmittel.

Es ist ja klar, dass von unserer Leserschaft niemand auf einem Berg aus Goldmünzen schläft. Aber jedes kleine Bisschen hilft!

In dem Kasten auf Seite 10 verkaufen wir alles mögliche: T-Shirts, Aufnäher, Basecaps, sowie alte Ausgaben der Zeitung. Mit einem REVOLUTION-Shirt kannst du der ganzen Welt zeigen, dass du das kapitalistische System verabscheust genauso wie wir!

Bank: Postbank
Konto: 6475 84 100
BLZ: 100 100 10
Stichwort: REVO!



Was passiert, wenn alle ArbeiterInnen in einem Betrieb auf einmal die Arbeit niederlegen?

Im Oktober 2004 streikten die ArbeiterInnen bei Opel in Bochum. Warum? Der Mutterkonzern von Opel, General Motors, verlangte Einsparungen in Millionenhöhe. Insgesamt sollen 12.000 Arbeitsplätze, davon 10.000 in Deutschland, abgebaut werden. Grund genug, die Arbeit niederzulegen.

Warum Streik

Auch an vielen Schulen waren Streiks gegen den Irak-Krieg organisiert worden. Damit wollten die SchülerInnen Druck auf die Politik ausüben, diesen Krieg zu verhindern.

Der Streik von ArbeiterInnen ist aber die bekannteste Form des Streiks. Meist wird er von der Gewerkschaft organisiert. Der Grundgedanke hierbei ist, dass man bessere Arbeitsbedingungen, z.B. höhere Löhne erreichen bzw. Angriffe der Kapitalisten zurückschlagen will. Der Streik der ArbeiterInnen hat jedoch einen entscheidenden Vorteil gegenüber dem der SchülerInnen: man fügt seinem Gegner effektiv Schaden zu, indem die Produktion unterbrochen und damit die Möglichkeit des Kapitalisten, Profit zu erzielen, verhindert wird.

Das ist auch der Grund, warum Politiker und Medien Streiks kritisieren. „Die Wirtschaft laufe schlecht, also müssten die ArbeiterInnen kürzer treten, die armen Kapitalisten verzichten ja auch." Aber in Wirklichkeit verzichten nur die ArbeiterInnen, die Krise des Kapitalismus wird auf ihre Schultern abgewälzt, obwohl sie – und nicht die Kapitalisten und Manager! – den Reichtum der Gesellschaft erarbeiten.

Heutzutage verbuchen die Konzerne Rekord-Gewinne und zwingen den ArbeiterInnen trotzdem Verschlechterungen auf, so etwa Daimler-Chrysler oder Siemens. Lenin hat das bereits früh erkannt: „Der Kapitalismus wird immer einen Weg finden, sich auf dem Rücken der Arbeiterklasse zu erholen."

Streiks sind eine unmittelbare Kampfform der Arbeiterklasse. Innerhalb weniger Tage, wenn nicht sogar Stunden vermögen die ArbeiterInnen, ein ganzes Land lahm zu legen! Im Streik lernen die ArbeiterInnen ganz praktisch, wie man ihn organisiert, welche Forderungen man aufstellt und wie man sie umsetzt. Streiks sind Schulen des Klassenkampfes.

In Deutschland ist es allerdings so, dass die Gewerkschaftsführungen und die Betriebsräte oft alles tun, um Streiks zu verhindern. Wenn es doch dazu kommt, dann versuchen diese BürokratInnen, den Streik zu kontrollieren und seine Ausweitung zu verhindern. Vor allem versuchen sie, ihn auf rein ökonomische Forderungen (Lohn, Arbeitszeit usw.) zu begrenzen und jede politische Dimension auszublenden. Der Grund dafür? Sie wollen nicht den Kapitalismus insgesamt bekämpfen, sondern lediglich einen Kompromiss mit dem Kapital aushandeln.

Ein Streik ist für sie nur ein Druckmittel für Verhandlungen. Das führt in der Praxis meist dazu, dass das Streikpotential nicht voll genutzt wird und ein fauler Abschluss oder gar eine Niederlage herauskommen.

Deshalb müssen wir Streiks auch mit politischen Forderungen verbinden: wir fordern eine Gesellschaft, in der nicht eine Minderheit über den Reichtum verfügt und die Arbeitskraft der Mehrheit dazu benutzt, diesen zu vermehren. Im Streik bietet sich uns die Möglichkeit, dafür zu kämpfen, dass die ArbeiterInnen selbst Ziele, Methoden und Organisationsformen des Kampfes bestimmen und sich das nicht einfach von den Bonzen vorschreiben lassen.

Streiks in der BRD

In der BRD gibt es das Streikecht. Doch bei näherem Hinsehen entpuppt sich dieses Recht als sehr eingeschränkt: man darf nur in den offiziellen Tarifrunden streiken, und das nur mit der Zustimmung der Gewerkschaften, welche von unnützen Bürokraten geführt werden (siehe: „Was sind Gewerkschaften?" in REVO Nr. 8). Meistens geht es hierbei um Löhne. Für politische Forderungen dürfen ArbeiterInnen in der BRD nicht streiken. Kein Wunder! Das Recht der ArbeiterInnen – für politische Forderungen zu streiken, würde für die Kapitalisten schnell bedeuten, vielleicht ihre Macht zu verlieren.

Die Arbeiterklasse stellt die Mehrheit der Gesellschaft, besitzt aber keinerlei Recht, über die Wirtschaft zu entscheiden. Wir müssen endlich dafür kämpfen, dass die Mehrheit der Bevölkerung auch entscheidet, wo es lang geht. Somit treten wir für volles Streikrecht der ArbeiterInnen ein!

Denn durch Streiks können wir nicht nur die Angriffe der Herrschenden zurückschlagen, unsere Lebensstandards verteidigen bzw. bessere erkämpfen. Streiks sind ein Mittel, mit dem wir eine ganz andere Gesellschaft erkämpfen können, in der für die Bedürfnisse der Menschen und nicht für Profit produziert wird: Sozialismus. ★

von Jim aus Stuttgart

GENTURSCHLUSS

Aktionen gegen Hartz IV vor Arbeitsämtern in 75 Städten

Seit einem halben Jahr wurde die Aktion Agenturschluss am 3. Januar geplant. 20.000 Menschen in 75 Städten protestierten gegen Hartz IV mit Demos, Besetzungen und Störung des normalen Betriebs der „Arbeitsagenturen". Wir besuchten das Arbeitsamt Nord/Ost in der Storkower Straße in Berlin.

Zwei Leute mit einem Funkgerät blieben vor dem Amt, um rechtzeitig zu warnen, falls die gelangweilten Bullen doch einsatzfreudig werden sollten. Was aber nicht passierte. Sie standen nur dumm in der Landschaft rum – und verdienten für diese nutzlose Tätigkeit sicher mehr als einen Euro die Stunde!

Die Teams teilten sich auf zwei Etagen auf und der Spaß konnte beginnen. Ein Transpi wurde aus dem Fenster gehängt und im Amt wurden Sekt und Flyer verteilt.

Die Arbeitssuchenden reagierten sehr unterschiedlich: Einige waren ziemlich desinteressiert und wollten nur ihre Kohle abholen, andere verstanden gar nicht, was es an solch einem Anlass zu feiern gäbe und wieder andere gaben ihren Zuspruch bekannt.

Dann tauchte noch die FAU auf und verteilte belegte Brötchen für alle. Spätestens da hätten merkten die Erwerbslosen, wer auf ihrer Seite steht. Denn das Arbeitsamt und die Schöpfer der neuen Reformen haben nur Zwangsarbeit für Billiglohn zu bieten. Von denen kann man nichts als Enttäuschung erwarten. Das sah mensch auch deutlich daran, dass der freundliche Geigenspieler, der den Wartenden die Zeit verschönern wollte, vom Amtsvorsitzenden gebeten wurde, das Geigenspiel einzustellen.

Als wir uns dann nach dieser sarkastischen Feier Richtung Wedding begaben, wo eine Demo mit 700 Leuten vor dem Arbeitsamt stattfand, ließen wir unser Transpi noch als Andenken an den Fahnenstangen des Amtes und überklebten dessen Eingangsschild!

Danke an die Antifa Weißensee, die FAU und alle anderen AgenturschließerInnen für die tolle Zusammenarbeit! Jetzt heißt es, daran anzuknüpfen und den Erwerbslosen bei jeder Gelegenheit unsere Solidarität zu zeigen, dass sie aufwachen und sich dem Kampf gegen den Kapitalismus anschließen! ★

von Salvador aus Friedrichshain

Berichte und Bilder auf unserer Website:

HURRA, DIE SCHULE BRENNT

Die schockierenden Ergebnisse der PISA-Studie: das Bildungssystem der BRD ist Scheiße

PISA ist nicht nur der Name einer toskanischen Stadt, sondern auch die Abkürzung für “Programme for International Student Assessment”, einer OECD-Studie, bei der weltweit tausende von 15jährigen SchülerInnen auf ihre Fähigkeiten überprüft werden. Wieder mal schnitten die deutschen SchülerInnen mittelmäßig bis schlecht ab. Die Verbesserungen gegenüber der ersten internationalen Studie sind nur redundant. Deutschland konnte sich gerade mal um ein paar Plätze verbessern.

Laut OECD hat sich die soziale Chancenungleichheit im deutschen Schulsystem verschärft. Nur in Ungarn, Belgien und Portugal haben demnach Kinder aus sozial benachteiligten Familien und Zuwandererkinder ähnlich schlechte Bildungschancen wie in Deutschland. Bei gleicher Begabung hat ein Akademikerkind in Deutschland eine mehr als dreimal so große Chance, das Abitur zu erlangen als ein Arbeiterkind und fast jeder vierte Schüler hat nach Ablauf der Pflichtschulzeit gerade mal das Bildungsniveau, das man von einem Grundschüler erwartet, erreicht. Der schulische Fortgang eines deutschen Schülers ist somit so abhängig von seiner sozialen Herkunft wie Schnee von der Kälte oder wie eine Prostituierte vom Beischlaf.

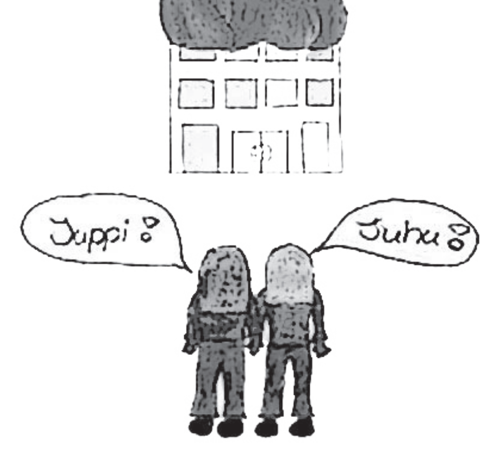
DAS DEUTSCHE SCHULSYSTEM

Das gesamte deutsche Schulsystem ist nach marktwirtschaftlichen Erwägungen aufgebaut. Fast einzigartig auf der gesamten Welt ist die frühe Selektion in den deutschen Schulen. Schon nach der vierten Klasse bestimmt sich der weitere Werdegang eines Schülers, denn ab diesem Zeitpunkt entscheidet sich, ob man auf Gymnasium, Haupt- oder Realschule kommt. Das „Reife“zeugnis nach Beendigung der Schullaufbahn gibt dann an, ob man als Professor an der Uni oder als Müllmann auf der Straße arbeitet.

Die SchülerInnen in Deutschland sind ganz auf Leistung gedrillt und das Notensystem bis in die kleinste Perversion geregelt. SchülerInnen haben praktisch kaum Rechte bei der Erarbeitung des Lerninhalts oder der Notenvergabe. Nur die Angepasstesten kommen weiter. In einigen Bundesländern manifestiert sich dies sogar in der Vergabe von Kopfnoten für den sozialen Umgang.

Die gegenwärtigen Rufe nach Reformen im Bildungssystem sind fast ausschließlich von wirtschaftlichen Interessen durchdrungen: Ganztagsschulen, damit man auch die Mütter als Wirtschaftskraft ausbeuten kann; Verkürzung der Schulzeit, damit man früher ins Berufsleben einsteigen kann; Wegfall des dreigliedrigen Schulsystems – an sich eine gute Idee –, weil sich dieses aufgrund der radikalen Abnahme der Schülerzahl bundesweit als zu kostspielig erweist; Bildungsstandards, damit man sicher gehen kann, das auch alle SchülerInnen einheitlich das „richtige“ lernen, um gute kapitalistische Menschen zu werden etc.

Das deutsche Bildungssystem braucht nicht mehr Geld. Dies bestätigt sogar die



PISA-Studie, in der bewiesen wird, das Länder wie die Tschechische Republik, obwohl sie weniger Geld für Bildung ausgeben, teilweise bessere Ergebnisse erzielen als Deutschland oder die USA.

Welche Gründe sind also für die Misere des Bildungssystems angeblich verantwortlich?

Zu einem wird die Teilnahme von Immigrantenkindern am PISA-Test bemängelt. Dies würden aufgrund sprachlicher Defizite das Ergebnis herunterziehen. Sieht man davon ab, dass der Ausländeranteil in Deutschland bei gerade mal 9 Prozent liegt und knapp 20 Prozent der ImmigrantInnen in Deutschland geboren sind, erweist sich diese Behauptung als „unwiderlegbar“. Zudem zeigt die PISA-Studie, dass AusländerInnen die zugewandert sind höhere Bildungs-Kompetenzen aufweisen als AusländerInnen, die in Deutschland geboren sind. Man muss also davon ausgehen, dass Deutschland dumm macht und dass selbst die Klügsten Immigranten schlechte Karten im deutschen Bildungssystem haben.

Als weiterer Grund wird angegeben, dass der Abstand zwischen PISA I und II zu gering ist, dass die Reformen noch keine volle Wirkung zeigen. Außer der Ausweitung von Ganztagsschulen und allgemeinen Bildungsstandards, die teilweise so locker gehalten sind, das man kaum von einem Standard sprechen kann, war der Schock um PISA I dann doch eigentlich sehr unfruchtbar.

BILDUNG IM KAPITALISMUS

Das Bildungssystem ist nur Spiegel der sozialen Verhältnisse, d.h. der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse. Die immer komplexer werdende Technologisierung hat dazu geführt, dass die Herrschenden dazu gezwungen sind, immer qualifizierterere Menschen zu erziehen. Denn die Kapitalisten brauchen diese als Arbeitskraft für ihre gestiegenen Anforderungen in der Wirtschaft. Reichte es früher schon einen Hebel zu bedienen, um eine Maschine in Gang zu bringen, ist es heute schon notwendig mit Computern umzugehen. Genau deswegen gibt es die Schulpflicht, was im Grunde einen Fortschritt bedeutet, im Kapitalismus jedoch zwiespältig gesehen werden muss. Das Bildungssystem im Kapitalismus ist dazu da, den Menschen für die Marktwirtschaft abzurichten. Somit ist Bildung im Kapitalismus nicht frei. Man lernt nur das, was für den Kapitalismus verwertbar und auch in ihrem Sinne ist. Radikale Systemkritik z.B. wird einem im Unterricht nie beigebracht und die meisten Menschen beenden die Schule ohne jemals was von Marx, Lenin oder der Russischen Revolution gehört zu haben. Eine vernünftige Bildung müsste unabhängig von kapitalistischer Dominanz sein und den SchülerInnen wirklich selber entscheiden lassen, was er lernen möchte, um einen eigenen freien und kritischen Verstand zu schulen.

Was ist also die Lösung? 1.) Freut euch, dass auch PISA II verpatzt wurde und somit den Kapitalisten indirekt gezeigt wurde, dass ihr Spiel nicht mitgespielt wird. 2.) Errichtet unabhängige und demokratische Schülerräte, die im Gegensatz zu den relativ machtlosen SchülerInnenvertretungen wirklich frei von äußeren Einflüssen (Lehrer, Eltern, Kultusminister und anderen „Privilegierten“) sind und in denen gemeinsam mit anderen SchülerInnen für mehr Mitbestimmung gekämpft wird, um euch gegen die „Bildungspolitiker“ zu behaupten. 3.) Stoppt den selektiven Charakter der Schulen. Weg mit dem Notensystem! Verteidigt die Idee der Einheitsschule, jedoch nicht aufgrund von Kostengründen, sondern um allen SchülerInnenn die gleichen Möglichkeiten zu bieten. 4.) Beschränkt den Kampf gegen die Bildungsmisere nicht allein auf eure Schule, denn die Misere ist nur Resultat der kapitalistischen Verhältnisse. Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit, Privatisierungen etc. mögen euch nicht direkt treffen, werden aber früher oder später auf euch zurückfallen. Als SchülerInnen habt ihr die Möglichkeit, AGs (z.B. Antisozialabbau-AGs) zu gründen, in denen ihr mehr SchülerInnen für eure Sache hineinziehen könnt. All diese Maßnahmen werden jedoch niemals den vollen Umfang des Bildungsnotstandes beheben. Man muss das ungerechte System beseitigen, dass arme Familien nicht vollständig am Bildungssystem teilhaben lässt. Hierzu ist die soziale Revolution notwendig.

No Sleep Till Brussels!

die antikapitalistische Bewegung von Seattle bis Brüssel

Vor 5 Jahren, am 30. November 1999, tagte die World Trade Organisation (WTO) in Seattle. Doch im Gegensatz zu früher war diese Konferenz von einem wütenden Proteststurm begleitet: 50.000 DemonstrantInnen von über 700 Organisationen protestierten gemeinsam gegen ein Weltwirtschaftssystem, in dem eine reiche Minderheit den Rest der Welt ausplündert und unterdrückt.

Von jeher bis damals

Seit Seattle gibt es keine Tagung oder Konferenz der weltweiten Institutionen mehr, die nicht von solchen Proteststürmen begleitet wird. Im September 2000 demonstrierten 30.000 anlässlich der Tagung von IWF und Weltbank in Prag, weitere 30.000 waren im Juni 2001 beim EU-Gipfel in Göteburg, Schweden. Der Höhepunkt kam am 20. Juli 2001 als 300.000 (!) nach Genua stürmten, um gegen die G8 zu demonstrieren. Den EU-Gipfel im März 2002 in Barcelona begleiteten 500.000 (!), 50.000 besuchten die G8 im Juni 2003 in Evian, Frankreich und zwischen 10.000 und 20.000 reisten im September 2003 nach Cancún, Mexico, um ein weiteres Mal die WTO zu empfangen.

In Genua erreichten die Proteste einen zahlenmäßigen Umfang, der bis dato unerreicht war. Aber Genua sticht auch durch das brutale Vorgehen der Polizei hervor, welche Tränengas, Wasserwerfer und Knüppel gegen die Demonstranten einsetzte. Die Gewalt fand ihren traurigen Höhepunkt in der Ermordung des unbewaffneten Demonstranten Carlo Giuliani durch einen Polizisten.

Von damals bis heute

Natürlich haben wir in den letzten Jahren immer wieder tolle Mobilisierungen und vielfältige Aktionen miterlebt. Doch die Bewegung schreitet nicht vorwärts. Im Gegenteil: die Teilnehmerzahlen an den Protesten und an der Bewegung insgesamt gehen seit Genua und Barcelona eher zurück. Was ist passiert? Es gibt ja Anlässe genug, gegen den Kapitalismus zu kämpfen...

Die Bewegung tritt vor allem politisch auf der Stelle. Das Positive an Seattle war, dass verschiedene Organisationen unterschiedlicher Ausrichtungen gemeinsam gegen einen gemeinsamen Gegner auf die Strasse gingen. LastwagenfahrerInnen und UmweltschützerInnen („Teamsters and Turtles") demonstrierten zusammen. Doch seitdem hat es die Bewegung nicht geschafft, ihre Ziele gemeinsam zu diskutieren und eine politische Basis für die Veränderung der Welt zu schaffen. Das findet vor allem in den Sozialforen seinen Ausdruck.

Die europäischen Sozialforen (ESF) wurden gegründet, um einen politischen Dialog in Gang zu setzen und gemeinsame Positionen zu erarbeiten. Doch nach dem dritten ESF ist das Resultat sehr bescheiden: es wurde absolut kein Fortschritt erzielt und die Teilnehmerzahlen an den ESFs gehen zurück. Diese Entwicklung hat ihre Ursache. Es gibt einflussreiche Elemente innerhalb der Bewegung, welche einen Fortschritt auf politischer Ebene verhindern wollen. Sie bevorzugen den Dialog mit der herrschenden Machtelite und glauben, auf diesem Weg den Kapitalismus zu bändigen. Deshalb bevorzugen sie eine lose Bewegung mit vagen Formulierungen und halbherzigen Vernetzungen. NGOs und Gewerkschaftsbürokraten, aber auch die Führungsspitzen von attac bilden den Kern dieser Bremser. Sie versuchen, die Aktivisten zu beruhigen und blockieren vor allem jegliche Entscheidungen politischer Art. wollen.

Auf dem ESF 2004 in London war das Publikum generell linker als die Redner auf den Podien. Viele Aktivisten haben bereits erkannt: das wahre Problem ist nicht der Neoliberalismus sondern der Kapitalismus insgesamt. Ein Fortschritt der Bewegung in diese Richtung bleibt die einzige Perspektive, die Welt wirklich grundlegend zu verändern.

Von heute bis morgen

Im März 2005 tagen die europäischen Regierungschefs in Brüssel und im Juli die G8 in Schottland. Hier wird sich zeigen, ob die Bewegung in der Lage ist, ihre Dynamik am Leben zu erhalten und sich weiter zu entwickeln. Es wird darauf ankommen, gemeinsame politische Positionen zu entwickeln und geschlossen gegen den weltweiten Kapitalismus zu kämpfen.

In diesem Sinne initiierte WORLD REVOLUTION auf dem ESF 2004 eine Jugendversammlung, in der viele Jugendorganisationen aus ganz Europa gemeinsam diskutierten und eine Erklärung verabschiedeten, welche den globalen Kapitalismus klar als unseren Gegner definiert. Gemeinsam können wir dafür kämpfen, dass sich in der Bewegung eine Basis für eine wirklich kämpferische Opposition entwickelt, die konsequent gegen den Kapitalismus und für eine bessere Welt kämpft. Wir wollen in der Bewegung einen revolutionären Flügel aufbauen und für die Schaffung einer neuen, Jugend-Internationale kämpfen.

Deshalb...

★ Fahrt im März 2005 mit nach Brüssel und helft mit, den EU-Gipfel zu verhindern!!

★ Fahrt im Juli 2005 mit nach Schottland und helft mit, den G8-Gipfel zu verhindern!!

von Rico aus Stuttgart

Pulverfass Venezuela

Mord an einen Staatsanwalt ist neuste Tat der Opposition

Im November 2004 wurde Staatsanwalt Danilo Anderson in der venezolanischen Hauptstadt Caracas getötet. Was sind die Hintergründe?

2002 gab es einen Militärputsch der rechten, proimperialistischen Opposition gegen die links-populistische Regierung von Hugo Chavez. Dieser konnte innerhalb von zwei Tagen durch Aufstände der armen SlumbewohnerInnen gestoppt werden.

Anderson hatte Anklage gegen die Putschisten erhoben, u.a. Kommandenten der hauptstädtischen von der Opposition beherrschten Polizei, die während des Putsches mehrere Menschen getötet hatte. Außerdem verklagte Anderson Radonsky, den Bürgermeister eines reichen Bezirkes von Caracas, weil dieser den Sturm auf die kubanische Botschaft geleitet hatte.

Ende September gab Anderson bekannt, dass er Morddrohungen erhalten habe, weil er gegen „die in Venezuela existierende Gesellschaft der Unberührbaren" kämpfe. Es sieht so aus, als ob Anderson durch einen ferngezündeten Sprengsatz, der sich unter seinem Vordersitz im Auto befand, getötet wurde.

In den letzten Jahren wurden etwa 130 AktivistInnen, überwiegend Bauernführer, durch Killer ermordet. In diesem neuen Mordfall verlangte der venezolanische Informationsminister Andrés Izarra von den USA, dass sie über alle Gruppierungen Informationen freigeben sollten, die sich in den Vereinigten Staaten offen zu Terroranschlägen in Venezuela bekennen.

Tausende versammelten sich nach dem Attentat vor der Staatsanwaltschaft und forderten in Sprechchören die Säuberung der Justiz, die in Venezuela von Rechten dominiert wird. Präsident Hugo Chavéz sagte im Fernsehen: „Der Mord an Danilo Anderson ist der Versuch, diesen Prozess zu ermorden, den Traum und die Hoffnung der Mehrheit der Venezolaner zu ermorden".

Während Chavez sehr diplomatisch reagierte, forderten DemonstrantInnen – die hinter dem Mord an Danilo die blutige Hand der CIA sehen – die Vehaftung aller Putschunterstützer und die Bewaffnung des Volkes.

In dieser Szene widerspiegeln sich die Gegensätze der „bolivarianischen Revolution" (wie Chavez seine Regierungszeit nennt). Er und seine Regierung wollen die „Einheit des Volkes" – konkret heißt das, dass er bei jedem Schritt einen Kompromiss mit der Wirtschafts-Oligarchie sucht. Doch die Kapitalisten, die seit Jahrzehnten das Öl-Einkommen des Landes für sich nehmen, wollen von den sozialen Programmen zugunsten der Armen, die Chavez gestartet hat nichts hören – die kosten ja Geld! In der ersten Hälfte von 2004 gingen rund zwei Mrd. US-Dollar in soziale Programme.



Deshalb versuchen sie, ihn zu stürzen: durch den Militärputsch, durch einen „Generalstreik" (organisiert vom Unternehmerverband!) und durch ein Referendum, das Chavez aber mit 60% für sich entscheiden konnte.

Doch der Eindruck, Chavez stünde ganz auf Seite der Armen und Unterdrückten, trügt. Zwar redet er vom „Sozialismus", doch hält er wenig von der Idee, die Industrie in Venezuela zu enteignen. Selbst die großen Medienfirmen, die den Putsch bejubelten und zum Teil organisierten, bleiben in privater Hand – obwohl deren Besitzer aufgrund ihrer Teilnahme am Putsch schon aus dem Lande geflohen sind!

Bolivarianische Revolution?

Die Regierung Chavez hat einige Fortschritte für die Armen gebracht (und 80% der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze!). Zehntausende Schulen wurden gebaut; Durch ein Abkommen mit Kuba sind 10.000 Ärzte nach Venezuela gekommen, um kostenlose Kliniken aufzubauen.

Deshalb ist Chavez unter den Armen beliebt. Doch viele von ihnen haben schon erkannt, dass sein Projekt, die Lage der Armen zu verbessern, ohne die Privilegien der Reichen anzutasten, auf Dauer nicht funktionieren kann.

Der Versuch, einen „dritten Weg" zwischen Kapitalismus und Sozialismus zu finden, ist auch nicht neu. In den 70er Jahren versuchte in Chile der Sozialist Salvador Allende durch Verstaatlichungen und soziale Programme, die Armut seines Landes zu beseitigen. Dieses Projekt endete am 11. September 1973 in einem von der CIA organisierten Putsch, in dem chilenische Faschisten und das Militär die Macht übernahmen. Damals zeigte sich, dass es unmöglich ist, tiefgreifende Reformen oder sogar den Sozialismus durchzusetzen, ohne dem Gegner alle wirtschaftlichen, administrativen und militärischen Mittel zu entwinden.

„Die Befreiung der Arbeiter muss die Tat der Arbeiter selbst sein" (Karl Marx). D.h. nur die Leute, die den Reichtum der Gesellschaft produzieren, und nicht „aufgeklärte" Militärs und Politiker, sind in der Lage, diesen Reichtum zu verwalten. Deshalb fordern große Schichten der venezolanischen Arbeiterklasse die Volksbewaffnung, weil es die einzige Möglichkeit ist, die Errungenschaften der ArbeiterInnen gegen die US-Imperialisten und die venezolanischen Rechten zu verteidigen.

Chavez aber lehnt die Bewaffnung des Volkes ab. „Die Waffen in diesem Land bleiben in den Kasernen" kommentierte el Presidente dazu.

Aber wenn Kämpfe zunehmen, wird er gezwungen sein, das Militär gegen rebellierende Arbeiter und Arme einzusetzen. Wenn z.B. ArbeiterInnen einen Betrieb besetzen, muss er sich zwischen der „verfassungmässigen Ordnung" (die das Privateigentum garantiert!) und der Arbeiterbewegung entscheiden. Und bisher hat er sich bei Streiks für seine kapitalistische Verfassung entschieden.

Die andere Variante wäre, dass die Soldaten zur rebellierenden Bevölkerung überlaufen, so wie es 1917 in der Oktoberrevolution in Russland geschah.

Arbeiter und Chavisten

Die venezolanischen ArbeiterInnen müssen die Revolution vorantreiben und sie mit Kämpfen in anderen Ländern verbinden. Denn auf sich allein gestellt hätten sie keine Chance, so wie es auch kein isoliertes sozialistisches „Inselchen" Bolivien geben könnte. Durch die Gründung von Arbeiterräten in Betrieben und armen Stadtvierteln, durch die Organisierung von Arbeitermilizen können sie ihre Rechte vertreten und durchsetzen – ob Chavez will oder nicht! Dann haben sie selbst die Macht. Dann erst kann man von einer Revolution sprechen. Dann erst kann mit dem Aufbau einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft begonnen werden.

Diesen Prozess kann im Grunde nur eine revolutionäre Arbeiterpartei führen, da der „Chavismus" eine bürgerliche Partei ist und eine Gesellschaftsform anstrebt, die auch für die Bourgeoisie annehmbar wäre – und das ist der Sozialismus natürlich nicht!

Nun wird sich zeigen, was mit dem venezolanischen Pulverfass passiert: entweder endet die „bolivarianische Revolution" in einem blutigen Putsch wie 1973 in Chile. Dann würde Jahre von Mord, Terror und Zensur gegen die linke Opposition – egal ob Gewerkschafter, Kommunisten oder andere – herrschen.

Oder aber die Arbeiterklasse führt die „bolivarianische Revolution" gemeinsam mit den Armen in Stadt und Land weiter – zu einer wirklichen Umwälzung der Gesellschaft,. So könnte das venezolanische Pulverfass die Ketten, mit denen die Armen Venezuelas und Lateinamerikas gefesselt sind, sprengen. ★

von Till aus Lichtenberg

Orange Revolution?

die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine waren ein Machtkampf zwischen den USA und Russland

Die Präsidentschaftswahlen Ende November in der Ukraine haben eine Krise ausgelöst. Ministerpräsident Wiktor Janukowitsch wurde zum Sieger erklärt. Oppositionsführer Wiktor Juschtschenko warf ihm Wahlbetrug vor und gewann bei der Wiederholung der Stichwahl Ende Dezember. Während des Wahlkampfes ließen beide Kandidaten riesige Demonstrationen in der Hauptstadt Kiew organisieren: Die Janukowitsch-Anhänger marschierten unter blauen Fahnen, die Juschtschenko-Leute trugen orangene.

Die westlichen Medien sprechen vom Sieg Juschtschenkos als einer massiven und unaufhaltsamen Demokratiebewegung, einer „orangenen Revolution". Aber seit wann ist eine Revolution für die kapitalistische Presse eine positive Sache? Etwas Verdächtiges geht hier vor sich ...

Die Kandidaten

Natürlich gibt es viel Wut gegen Janukowitsch, den Nachfolger des scheidenden Präsidenten Kutschma, die bei jeder Massendemo zu sehen ist. Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion, als viele Menschen die Einführung wirklicher Demokratie erwartet haben, gibt es nun wenig mehr als Massenarbeitslosigkeit, Verarmung, Krisen und Gewalt.

Ganze Industrien wurden platt gemacht, andere zu Discount-Preisen an ausländische Konzerne verkauft. Eine Handvoll UkrainerInnen haben sich unvorstellbar bereichert, dafür haben Millionen ihren Arbeitsplatz (und die damit verbundene Gesundheitsversorgung und Kinderbetreuung) verloren.

Korruption regiert das Land: Ein riesiges Heer staatlicher Bürokraten, das sich trotz der neuen „Demokratie" nicht viel geändert hat, zockt so viel ab, wie irgend möglich.

Janukowitsch, der seit Jahren neben Kutschma an der Spitze steht, bezog seine Unterstützung aus dem industriellen Osten und Süden des Landes, und von der russischsprachigen Minderheit, die dort lebt. Als die Ukraine Teil der UdSSR war, wurde diese Minderheit durch die staatliche Russifizierungspolitik gefördert. Jetzt fürchtet sie, von dem ukrainischsprachigen Westen des Landes „überrannt" zu werden.

Janukowitsch bekommt vom russischen Präsidenten Putin politische Unterstützung, mit Pressekonferenzen und mit – sagen wir mal – weniger offenen Mitteln: sein Herausforderer wurde vergiftet, vermutlich vom russischen Geheimdienst.

Der eine Kandidat ist eine Marionette von einheimischen Kapitalisten und russischen Imperialisten – wer ist der Herausforderer?

Demokratie made in USA

Bei den Demonstrationen der Opposition in Kiew fiel immer wieder die orangene Kleidung auf. Jeder Mann, jede Frau, jedes Kind trug einen orangenen Schal, ein orangenes Hemd, eine Mütze, einen Anstecker.

Sollen wir glauben, dass alle UkrainerInnen kiloweise orangene Klamotten bei sich zu Hause lagern? Vielmehr ist das ein Zeichen (neben den Konzertanlagen, Großbildschirmen und Laser-Shows, die bei jeder Oppositionsdemo zu sehen sind), dass viel Geld hinter dieser „Bewegung" steckt. Viel, viel Geld.



Warum? Juschtschenko ist nicht gerade der „einfache Mann", der einfache Rebell, der aus der rebellischen Menge vorgeschoben wurde, wie in den Medien behauptet wird. In Wirklichkeit gehört er zur engsten Elite des Landes. Juschtschenko hat viele Jahre unter Kutschma gedient, als Chef der Zentralbank und sogar als Premierminister. Zu seinen UnterstützerInnen gehören die reichsten Kapitalisten des Landes, z.B. die Parlamentsabgeordnete Julia Timoschenko, die durch die Privatisierungen der 90er Jahre Milliarden verdient hat.

Auch das US-Außenministerium hat dieser „Demokratiebewegung" über 60 Millionen Dollar zukommen lassen, durch diverse „Nicht-Regierungs-Organisationen". Dass der US-Imperialismus eine Demokratiebewegung unterstützt, wäre ein völlig neues Phänomen. Normalerweise beschränkt sich die Hilfe des State Departments auf die übelsten Diktatoren: Pinochet in Chile, Saddam im Irak, usw.

Vorwärts! Aber wohin?

Wir haben es mit zwei Kandidaten zu tun, die verdammt ähnlich sind. Sie heißen beide Wiktor J. und stammen beide aus der ukrainischen Elite. (Schön, dass sie unterschiedliche Farben haben, sonst wäre das Ganze total unübersichtlich!) Die Krise kommt daher, dass die Herrschenden in der Ukraine darüber gespalten sind, wohin das Land gehen soll. Einige befürworten eine Stärkung der Beziehungen zu Russland, andere wollen sich mehr nach Westeuropa und den USA orientieren.

Die „Wahl", wenn man das Verfahren überhaupt so nennen kann, ist nur eine Wahl zwischen diesen zwei Flügeln der Bourgeoisie. Es ist eine Wahl, ob die Wirtschaft eher von den Konzernen der USA oder Russlands dominiert wird.

Ob die Imperialisten, die das Land plündern, englisch oder russisch sprechen, ist eine zweitrangige Frage – die Löhne und Arbeitsbedingungen werden schlecht bleiben!

Die Mobilisierungen haben gezeigt, dass Demos eine große Wirkung haben können. Man muss nicht resigniert hinnehmen, wenn der Staat dieses oder jenes entscheidet. Man kann auch trotz der Dezemberkälte auf die Straße gehen und gegen Ungerechtigkeit kämpfen. Manchmal, doch nur manchmal, werden solche Aktionen zu Weltgeschichte.

Doch selbst wenn eine Million Leute durch die Straßen von Kiew marschieren würden, werden sie nichts erreichen, solange sie sich hinter dem einen oder dem anderen kapitalistischen Politiker einreihen.

Beide, der orangene vom State Department finanzierte und der blaue vom Kreml finanzierte, wollen ermöglichen, dass möglichst große Profite in der Ukraine gemacht werden. Dazu müssen sie die ArbeiterInnen, BauerInnen, und Jugendlichen des Landes zunehmend ausbeuten. Armut, Arbeitslosigkeit, Korruption – alle Probleme, vor denen die UkrainerInnen stehen – sind Bestandteile dieses Profitsystems, des Kapitalismus.

Dass die Regierungen in Moskau und Washington das Ausbeutungssystem aufrecht erhalten wollen, ist klar. Es gibt aber eine andere Möglichkeit. Die ArbeiterInnen können mehr als nur Figuren im Schachspiel der imperialistischen Mächte sein. Sie können die Industrie des Landes in die eigene Hand nehmen und nicht immer Opfer von bürokratischen Privatisierungen sein, sondern selber entscheiden, wie es verwaltet wird. Sie müssen nicht immer für die amerikanischen und russischen Kapitalisten arbeiten, sondern können gemeinsam mit den ArbeiterInnen der USA und Russlands für sich selbst arbeiten.

Kurz gesagt: Die ArbeiterInnen der Ukraine brauchen keine orangene sondern eine rote (sozialistische) Revolution! ★

von Huey aus Kreuzberg

Was macht die Jugend?

Sie spielte eine wichtige Rolle bei den Protesten der Opposition. Zwei Wochen lang wurden die zentralen Plätze von Kiew besetzt; die Zeltstädte wurden hauptsächlich von SchülerInnen, StudentInnen und jungen ArbeiterInnen bewohnt.

Lustig ist allerdings, wie die bürgerliche Presse des Westens über diese jugendlichen DemonstrantInnen schwärmt: „ihre Hingabe, Leidenschaft, Kreativität machen möglich, dass sich in der Gesellschaft etwas ändert" usw. usf.

Das ist ein krasser Kontrast zu der Berichterstattung der selben Zeitungen über die jungendlchen DemonstrantInnen am 1. Mai in Berlin: „demokratiefeindliche Krawallsüchtige Freaks betrinken sich und verbrennen Autos!!!"

Vielleicht wenn wir uns hinter einem neoliberalen Politiker wie Guido Westerwelle einreihen würden, hätte die Berliner Morgenpost was nettes zu sagen über uns!

die braune Herde marschiert

ein Nazi-Aufmarsch in Treptow konnte mit Hilfe von rund 1.300 Bullen durchgesetzt werden



„Nationale Freiräume erkämpfen? Nationale Revolution? Nationale Perspektiven? Internationaler nationaler Sozialismus? Platz nur für deutsche Jugend? (Rechts)Radikal – Sozial – National?“

Mit Transparenten und in Sprechchören stellten die Neonazis diese Forderungen am Sonnabend, dem 04.12.04 in Treptow. Etwa 100-200 Faschisten waren aufmarschiert: die Kameradschaft „BAS-SO“ aus Treptow, die „Kameradschaft Tor“ aus Lichtenberg, die „Autonomen Nationalisten“, der „Märkische Heimatschutz“ aus Brandenburg, der Hamburger Neonazi Christian Worch und natürlich die NPD. Ihr brauner Zug ging vom S-Bhf Adlershof zum S-Bhf Köpenick.

Es versteht sich von selbst, dass wir das nicht zulassen durften! Also trafen wir uns kurz vor 10 Uhr zusammen mit tausend GegendemonstrantInnen am S-Bhf Adlershof. Es begrüßten uns wie immer die Damen und Herren in Grün. 1.300 sollen im Einsatz gewesen sein! Es waren jedenfalls wieder sehr viele vom „rot-roten“ Senat gesponserte Nazibeschützer.

Nach der ersten Kontrolle gingen wir Richtung Marktplatz. Dieser war allerdings von der Polizei besetzt, also standen wir erst einmal eine Weile mit den RentnerInnen auf der PDS- und Grünen-Kundgebung rum.

Doch über mehrere Nebenstraßen und nach einer weiteren Durchsuchung gelangten wir zum Marktplatz. Als die Faschos dort ankamen, wurden sie gebührend empfangen: mit lautem Pfeifen und Sprechchören gaben wir den Nazis zu verstehen, was wir von ihnen halten – NICHTS! *„Gegen Nazis – Widerstand! Klassenkampf statt Vaterland!“*

Neben den oben erwähnten demagogischen Forderungen wurde nun auch ein Transparent der Nazis mit dem Zitat der jüdisch-polnischen Kommunistin Rosa Luxemburg sichtbar: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“. Die Nazis werden von Jahr zu Jahr bizarrer! (siehe REVOLUTION Nr. 3 „Nazis sind bizarr“). Die rote Rosa meinte damit sicher nicht die „Freiheit“ der Rassisten und Faschisten.

Die Bullen forderten die Nazis mehrmals auf, ihre Demo abzubrechen, weil zwei Faschos ein Hess-Zitat gegrölt hatten. Sie wurden unter Beifall der Antifa verhaftet und abgeführt. Doch die Naziführung bestand darauf, ihre angemeldete Demo zu Ende zu führen, was ihnen nach langem Hin und Her auch genehmigt wurde. Als sich der Faschozug wieder zu bewegen begann, wurde es richtig laut. Viele drängten sich vor und die Bullen schoben sie zurück.

Nachdem der letzte Nazi uns passiert hatte, rannten alle los zur nächsten Straßenecke. Dabei vergaßen einige, sich nach ihren GenossInnen umzudrehen und so geschah es, dass viele AntifaschistInnen, darunter zwei von REVO, festgenommen wurden. Später stellte sich als Grund für die Festnahme wieder mal das lächerliche Vermummungsverbot heraus – aber, was sollte man bitte machen, wenn Bullen und Nazis die ganze Zeit filmen?!

Dann ging es weiter. Wir versuchten, den Faschos auf den Fersen zu bleiben und schafften es, vor den Zug zu kommen. Wir suchten uns einen geeigneten Platz, wo wir uns postieren konnten. Das wurde aber von der Polizei verhindert und wir wurden, wie eine Herde Tiere, an einen Platz getrieben, der 100m von der Straße entfernt war. So waren wir auch außer Sicht- und Hörweite der Nazis.

Nach langem Überlegen, wie wir über die Spree kommen könnten, da die Bullen beide naheliegenden Brücken gesperrt hatten, lösten wir uns von den Protesten und gingen etwas verdrossen zurück.

Für die Nazis war das Durchsetzen ihrer Demo und die Tatsache, dass auf dem letzten Stück nach der Brücke kaum noch Antifas hingelangten – aufgrund der Einsatzfreude der Polizei – ein Erfolg.

Eine traurige Bilanz für den antifaschistischen Widerstand an diesem Tag! Mit mehr Leuten hätten wir die Nazi-Demo behindern oder gar verhindern können. Wir hätten die Faschos demoralisiert und gezeigt, dass man sie schlagen kann, wenn man sich ihnen in den Weg stellt und nicht nur protestiert. Doch die Bullen – wie so oft – haben den Nazis den Weg frei geprügelt. Wieder einmal zeigte sich, dass man im Kampf gegen die Nazis nicht auf den Staat hoffen darf: im Gegenteil!

Die rot-grüne Bundesregierung und der „rot-rote“ Berliner Senat genehmigen schließlich immer wieder die Aufmärsche der Braunen und sponsern jede Menge Polizei! Dazu kommt noch, dass es für die Nazis auch leicht ist, mit ihren falschen Parolen von „Sozialismus“ und „Antikapitalismus“ hausieren zu gehen, wenn die Schröder-Regierung mit Hartz IV und Agenda 2010 immer mehr Leute in die Armut triebt.

Hier heißt es, den Menschen wahre Alternativen zum Kapitalismus zu zeigen und sie über die wahren Ziele der „sozialen“ Nationalisten aufzuklären. Dafür müssen alle revolutionäre Kräfte, alle Linken, die ImmigrantInnen und die Arbeiterbewegung zusammenarbeiten. Wir brauchen eine antifaschistische Einheitsfront! ★



von Salvador aus Friedrichshain
Bildquelle: www.krasse-zeiten.de

Bomber Harris, Superstar?!?

Bei den Protesten gegen den Nazi-Aufmarsch in Treptow haben bis zu 1.000 Menschen – von jung bis alt, von kommunistisch bis liberal – versucht, die Faschos zu stören. Sie haben gebrüllt, gepfiffen und sich gegen die Bullenketten geworfen. Doch einige junge Männer hielten sich die ganze Zeit zurück und hatten anscheinend nichts Besseres zu tun, als GegendemonstrantInnen, die Palitücher getragen haben, zu beleidigen, z.T. zu bedrohen.

Es handelt sich dabei um Antideutsche. Jene „Antifaschisten“, die jede Antifa-Demo zu stören bereit sind – und manchmal körperlich anzugreifen – wenn es darum geht, Propaganda für ihren Lieblingsstaat Israel zu machen.

Um einen Eindruck zu geben, welche reaktionäre Politik diese (Anti)Deutschen verteidigen, erzählen wir die Geschichte eines ihrer Helden: Sir Bomber Harris. Beim Kampf gegen den Faschismus setzen wir lieber auf die ArbeiterInnen und Unterdrückten, statt auf rassistische, antikommunistische Militärkommander der imperialistischen Armee.

„Bomber Harris Superstar, dir dankt die rote Antifa“ lautet eine Parole, die wir so oder ähnlich schon öfter von antideutschen Komödianten gehört haben und an die sie sogar ein Transparent verschwendet haben.

Gemeint ist Sir Arthur Harris, ehemaliger Luftwaffenoffizier der Royal Air Force des britischen Imperiums. Er entwickelte schon vor dem 2. Weltkrieg Strategien, die es der Air force leichter machen sollte, feindliche Städte dem Erdboden gleichzumachen. Er hat nicht nur deutsche Städte, sondern in seiner Zeit als aktiver Pilot ganze Dörfer in den britischen Kolonialgebieten der arabischen Halbinsel ausgelöscht.

Harris war ganz entzückt, wenn er berichten konnte, wie leicht man den Widerstand der AraberInnen, die seiner Meinung sowieso nur die Politik der harten Hand verstünden, brechen konnte. Man brauchte nur eines ihrer Dörfer mit Frau, Kind und Mann völlig kaputt zu bomben. Dabei schreckte er auch nicht vor dem Einsatz der neuesten Technologie seiner Zeit – Tretminen, Streubomben und Giftgas – zurück. Das Beste an der Sache war für ihn, wie effizient und kostensparend man „Law and Order“ im Kolonialreich wiederherstellen konnte: es brauchte nur eine Bomberstaffel, die ein paar Dutzend Menschen tötete und die „Wilden“ waren wieder ruhig.

So effizient waren seine Bomberströme im zweiten Weltkrieg allerdings nicht. Bei den Einsätzen, bei denen tausende Bomber auf einmal die berüchtigten, auch in England umstrittenen „Feuerstürme“ entfachten, verlor die Royal Air Force durchschnittlich 2% der teilnehmenden Piloten, weshalb Harris in England auch „Butcher“ (Schlächter) genannt wurde.

Das Bomber Command, dessen Oberkommandierender er war, war der einzige Teil des britischen Militärs, der nach dem Krieg nicht offiziell geehrt wurde. Auch die völlig berechtigten Einwände Butchers, dass Deutschland als erstes die Zivilbevölkerung feindlicher Großstädte bombardierte (London, Coventry, Rotterdam, Warschau) und dass seine Taktik die letzte Chance Englands war - man konnte ja den Kriegseintritt der USA noch nicht absehen - konnten die öffentliche Meinung ihm gegenüber nicht mehr beeinflussen.

Schließlich verließ er die Royal Air Force 1948 im Streit mit Clement Attlee, dem neuen linken Premier, nachdem sich selbst Winston Churchill von ihm distanziert hatte. Er ging bezeichnenderweise nach Südafrika, wo, nach Jahrhunderten des Rassismus und des barbarischen Kolonialismus der Buren, gerade die Apartheid anlief.

Natürlich war Sir Arthur Harris ein bekennender Rassist, Imperialist und ein Adliger, der den Kommunismus verachtete. Kurzum die perfekte Identifikationsfigur für einen antideutschen Eskapisten!

Es stellt sich die Frage, ob man es hier mit der dummdreisten Jagd nach Schockeffekten oder eher dem altbekannten Rassismus der Antideutschen zu tun hat. Beide Fälle wären nicht sehr ehrenhaft für die antideutsche Szene, die ja ihre Machwerke oft mit dem Ausruf: „Für den Kommunismus“ schmückt. Es ist bezeichnend, dass es die Antideutschen die bewusste Ausrottung der deutschen Zivilbevölkerung als geeignetes Mittel ansehen, um den Faschismus zu bekämpfen.Würden sie sich von dem gegen Schwarze und Inder gerichteten Rassismus Harris‘ distanzieren oder vielleicht auch Schwarze zu Untermenschen degradieren, nachdem sie das schon mit allen Muslimen dieser Welt taten ...

Aber fragen wir uns nicht alle schon seit Monaten, wie man die Forderung nach der ewigen Erhaltung des imperialistischen Wachhundes Israel, araberfeindlichen Rassismus und des menschenfeindlichen Raubtierkapitalismus der USA mit dem Kommunismus verbinden kann? Es ist schon sehr peinlich, wie sich Unwissen, Dummheit und Ignoranz in der Weltanschauung der Antideutschen verbinden und solche Folgen hat wie die Verehrung eines kolonialistischen, imperialistischen, adligen Rassisten durch deutsche „Linke“. ★

von Richard aus Treptow



ein Transpi auf der anti-arabischen Demo am 10.7.2004 in Kreuzberg

DIE FETTEN JAHRE SIND VORBEI: Revolutionäre oder Spaß-Guerilla?



Zur Zeit laufen eine Menge kommerzieller Weihnachtsfilme in den Kinos, die uns von gesellschaftlichen Problemen ablenken sollen.

Wer sich das ersparen und trotzdem endlich wieder mal einen guten Film im Kino ansehen will, sollte diese seltene Gelegenheit nutzen und den Film „Die fetten Jahre sind vorbei" anschauen.

Es gibt wenige Filme, die politischen Aktivismus so locker rüber bringen. Im Mittelpunkt der Story stehen die zwei Jugendlichen Jan und Peter, die in Berlin-Zehlendorf in die Villen der Bonzen einsteigen. Dort nehmen sie nichts, sondern stellen den ganzen Haushalt auf den Kopf und hinterlassen Botschaften wie „Sie haben zu viel Geld. Die Erziehungsberechtigten." oder „Die fetten Jahre sind vorbei."

Doch da hört ihr politischer Aktivismus auch schon wieder auf. Als Jan einmal mit Peters Freundin, Jule, zusammen in eine Villa steigt, werden beide vom Besitzer erwischt und sie müssen ihn notgedrungen entführen. In einer Almhütte, wo die Jugendlichen den Bonzen versteckt halten, kommen sie immer mehr ins Gespräch mit ihm. Nach und nach erfahren sie von seinem Studentenleben in der 68er-Bewegung und sind überrascht.

Den ganzen Film über vermitteln Jan und Peter eine Banden-Mentalität. Eine Massenmobilisierung aller Unterdrückten, um das System endgültig zu zerschlagen – eine Revolution! – fällt anscheinend keinem ein.

Stattdessen spielen sie lieber Spaß-Guerilla. Jan kritisiert in einem Gespräch, dass man heute vieles, was mit der linken Szene verbunden wird – wie Che-Guevara-T-Shirts oder Anarcho-Aufkleber – in jedem Laden kriegt und demzufolge auch mehr Jugendliche diesem „Trend" folgen.

Es ist natürlich nicht im Sinne der antikapitalistischen Bewegung, wenn linke Symbolik kommerzialisiert wird. Doch Jans Kritik bedeutet, dass er diese Jugendlichen als Mitläufer sieht, die die antikapitalistischen Ideen „verraten" haben. Also soll seiner Meinung nach die linke Szene klein und vereinzelt bleiben, um so dem Schicksal der 68er zu entgehen.

Durch solche egoistischen Ideen, dass der Kreis der Linken so klein wie möglich sein soll, bleiben neue linke Jugendliche und ArbeiterInnen dieser Szene natürlich fern. Demzufolge wird so eine Massenbewegung zur Zerschlagung des Kapitalismus verhindert. Dadurch entsteht eine Perspektivlosigkeit, die eben darin endet, dass man eben aus Spaß in die Häuser der Reichen einbricht.

Guckt euch diesen Film trotzdem aufmerksam und mit viel Spaß an. ★

von Till aus Lichtenberg

TEAM AMERICA: Die Retter der Welt



Explosionen, Martial-Arts-Kämpfe, Autojagden – und alles gespielt von Holzpuppen. Die Action sieht aus wie vom Produzenten Jerry Bruckheimer – nur erkennt man die kleinen Fäden der Marionette in fast jeder Szene.

Das ist „Team America", der neueste Film von den South-Park-Typen Trey Parker und Matt Stone.

Terroristen wollen die Freie Welt™ mit Massenvernichtungswaffen zerstören und nur die ultrahochbewaffneten aber unschuldigen Jungs und Mädels von Team America können sie aufhalten! Diese „Weltpolizei" (Logo: ein amerikanischer Adler mit der Weltkugel in seiner Schnauze) fährt rund um den Globus und tötet jeden, der einen Turban trägt.

Der Zuschauer wird in den Kopf von George W. Bush transportiert. Man sieht die Welt durch imperialistische Augen: jeder Muslime hasst Freiheit und seine Sprache hört sich so an: „Dirka Dirka Muhammed Dschihad." Jeder Schauspieler, der die Regierung kritisiert, arbeitet unter direkter Anleitung des nordkoreanischen Diktators Kim Sung Il, um Amerika mit Atombomben zu eliminieren.

Und dabei wird der Krieg so gezeigt, wie George ihn kennt: keine Massengräber oder verstümmelte Kinder. Nein, Krieg spielt sich ab mit lächelnden Holzpuppen und cooler Technik, wie in einer Kinderserie aus den 60er Jahren.

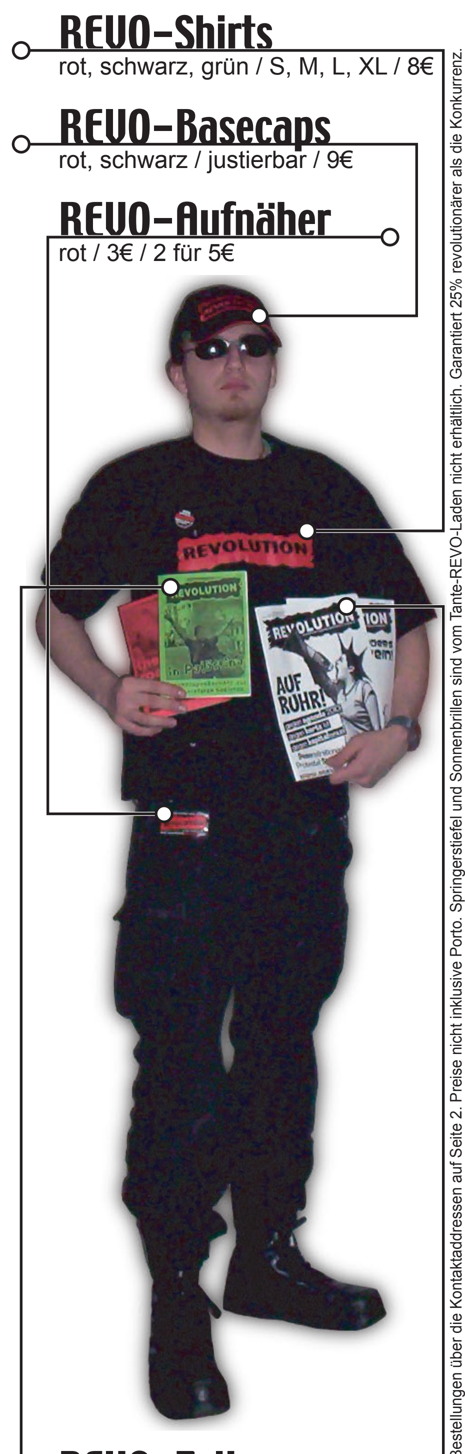
Wie üblich in den Parker-Stone-Werken, wird viel Wert darauf gelegt, die christlich geprägte US-amerikanische Öffentlichkeit auf brutalste Art zu beleidigen: eine 4-Minuten-lange Marionetten-Sex-Szene (allerdings haben die Marionetten keine Genitalien!) wurde von der Filmzensur auf 30 Sekunden geschnitten.

Es gibt natürlich unendlich viele billige Witze: der Filmstar-Verein heißt „F.A.G." („Schwuchtel") und Matt Damon sagt in dem ganzen Film nichts als „Matt Daaaaamon"

Aber ähnlich wie im South-Park-Film verbirgt sich hinter den Witzen eine geniehafte Gesellschaftskritik. Am Beispiel der erste Szene: nachdem Team America, auf der Jagd nach Terroristen in Paris, die Stadt in flammenden Trümmern lässt, sagen sie: „Bonjour! Alles super! Wir haben die Terroristen gestoppt." Die blutigen Franzosen – wie die AfghanInnen oder IrakerInnen im echten Leben – sind von solcher Naivität zu schockiert, um „Fickt euch doch!" zu rufen. ★

von Huey aus Kreuzberg





REVO-Shirts
rot, schwarz, grün / S, M, L, XL / 8€

REVO-Basecaps
rot, schwarz / justierbar / 9€

REVO-Aufnäher
rot / 3€ / 2 für 5€

REVO-Zeitungen
1€ / 10 Ausgaben für 5€

REVO-Broschüren
Der Weg zur Revolution / 1€
das Manifest von WORLD REVOLUTION
Revolution in Palästina / 1€
NEU! Augenzeugeberichte aus Palästina

Alle Bestellungen über die Kontaktaddressen auf Seite 2. Preise nicht inklusive Porto. Springerstiefel und Sonnenbrillen sind vom Tante-REVO-Laden nicht erhältlich. Garantiert 25% revolutionärer als die Konkurrenz.

Alleine ist es schwer zu kämpfen...

...denkt sich die junge Frau in der Tränengas-Wolke. Doch sie ist nicht allein. Sie ist eine von Millionen, die vom Alltag im Kapitalismus angekotzt sind. Eine wachsende Nazi-Bewegung, ein nie endender Krieg, Sozialraub, Repression und ein ganzes Leben als Lohnsklave – all dem können und müssen wir was entgegensetzen!

Überall wollen Jugendliche was tun, wollen für eine bessere Welt kämpfen. Doch vereinzelt werden wir wenig erreichen können. Wir müssen uns organisieren.

Zu diesem Zweck laden wir von der internationalen Jugendorganisation REVOLUTION zu unserer ersten bundesweiten Konferenz ein. Dort wollen wir diskutieren, mit jedem/r, der/die sich für die Sache interessiert, wie wir eine revolutionäre Jugendbewegung in der BRD und international aufbauen können. Wenn du gegen Unterdrückung und Ausbeutung was tun willst, ist das deine Chance, dich zu organisieren!

Während der zweitägigen Konferenz wollen wir folgende Themen behandeln...

- > Kampf gegen Nazis
- > gegen Hartz und Sozialabbau
- > gegen Krieg und Imperialismus
- > Subversion in der Schule
- > revolutionäre Presse
- > stoppt Sexismus!
- > **Workshops:** Erstellung von Flyern, Zeitungen, Websites > Transpis malen > Agitation auf Demos

Kommt zur ersten REVOLUTION (sozialistische Jugendorganisation) -Konferenz! 26./27. Februar 2005, Berlin

ORGANISIEREN WIR UNS!!!

> www.onesolutionrevolution.de > info@onesolutionrevolution.de > 030 / 62 60 77 41


★ Forsetzung von Seite 12...

tischen Arbeiterrepublik, die sich wie in Russland auf Sowjets (Räte) stützt.

Mitten in der Hitze der Revolution, am 1. Januar 1919, wurde vom Spartakusbund (die Gruppe um Luxemburg und Liebknecht) und anderen revolutionär-sozialistischen Strömungen, z.B. die "Internationalen Kommunisten Deutschlands" (IKD) um Karl Radek, die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gegründet.

Die Mitglieder des Spartakusbundes waren zuvor noch in der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD) gewesen, die sich während des Krieges von der SPD abgespalten hatte. Die USPD stand links von der SPD, ihre Politik schwankte jedoch zwischen dem Reformismus der SPD und einer wirklich revolutionären Politik. Nachdem vor allem Luxemburg lange gezögert hatte, eine eigene Partei zu gründen, wurde während der Revolution, in der eine konsequente und eigenständige revolutionäre Führung gebraucht wurde, klar, dass die USPD dafür ungeeignet war. Eine eigenständige revolutionäre Partei musste her!

Doch schon der Gründungsparteitag zeigte, dass die KPD in vielen Fragen uneins war und wesentliche Fragen ungeklärt blieben. Es gab z.B. verschiedene Ansichten darüber, ob KommunistInnen in den Gewerkschaften arbeiten sollten oder man sich an Wahlen beteiligt. Am Ende setzte sich gegen den Willen Luxemburgs eine sektiererische, sich von den Massen isolierende Linie durch: die KPDler sollten die Wahlen boykottieren und aus den Gewerkschaften austreten, um eigene Arbeitervereine zu gründen. Solche Positionen plagten die KPD jahrelang!

Lenin und die Bolschewiki

Was sagt uns diese Erfahrung? Eine revolutionäre Partei kann nicht einfach spontan ins Leben gerufen werden. RevolutionärInnen müssen sich schon vor der Krise organisieren.

Der russische Revolutionär Wladimir Lenin ging einen anderen Weg als die deutschen RevolutionärInnen. Seine Fraktion („die Bolschewiki") hatte seit 1903 einen heftigen politischen Kampf gegen die OpportunistInnen in der russischen Sozialdemokratie geführt und dabei auch nicht vor den organisatorischen Konsequenzen (d.h. Spaltungen) zurückgescheut.

In den folgenden 14 Jahren vor der Revolution von 1917 haben sie die revolutionäre Programmatik weiterentwickelt. Der damit verbundene politische Kampf stählte einen Kern von RevolutionärInnen, der dann 1917 in der Lage war, die russische Arbeiterklasse zum Sieg zu führen und den Kapitalismus zu stürzen.

Schon 1916 hatten Lenin, Radek und andere KommunistInnen Luxemburg und Liebknecht aufgefordert, mit der SPD zu brechen und eine revolutionäre Partei zu gründen. Der Spartakusbund blieb jedoch bis Ende 1918 in der USPD – man wollte nicht „zu schnell" vorwärts gehen. Die KPD wurde deshalb erst gegründet, als die Konterrevolution entscheidende Schläge gegen die Revolution vorbereitete.

Lehren für die Zukunft

Luxemburgs Fehler, viel zu spät mit den Opportunisten und Verrätern der SPD zu brechen, ist weniger eine Kritik an ihr als eine Aufforderung an uns: wir dürfen nicht tatenlos zusehen, wenn Gewerkschaftsbürokratie und reformistische PolitikerInnen von SPD und PDS jede Verschlechterung als „kleines Übel" verkaufen, wenn die gescheiterte Bürokraten die neue Linkspartei WASG von Beginn an zu einem reformistischen Wahlverein machen wollen.

Klar ist, dass die Aufgabe des Reformismus gerade darin besteht, die Arbeiterklasse zurückzuhalten und den Kapitalismus zu retten.

Deshalb müssen wir jetzt mit der Ausarbeitung einer revolutionären Strategie und dem Aufbau einer revolutionären Partei beginnen. Dazu hat REVOLUTION das programmatische Manifest „Der Weg zur Revolution" erarbeitet und versucht, Jugendliche für die Revolution zu begeistern.

Anlässlich des Todestages von Karl und Rosa ziehen jedes Jahr grauhaarige StalinistInnen an deren Gräber in Berlin-Friedrichsfelde vorbei. Die PDS-Führung tut dabei so, als wären Luxemburg und Liebknecht einfach nur nette PDSler gewesen. Das ist eine wahre Beleidigung! Luxemburg und Liebknecht waren Revolutionäre und wurden gerade deshalb umgebracht!

Die PDS mag beide ehren, so viel sie will – ihr Reformismus hat mit den Ideen von Karl und Rosa nichts gemein!

Liebknecht und Luxemburg zu ehren heißt, ihr Lebenswerk zu vollenden und den deutschen Imperialismus durch die Revolution zu stürzen. Es heißt, eine neue revolutionäre Organisation weltweit aufbauen. Und wer soll sie aufbauen, wenn nicht wir, die junge Generation?! ★

von Wladek aus Kreuzberg

ich-bin-sauarm-Preis: **0,50 €**
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: **1 €**
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: **100 €**



Luxemburg, Liebknecht, Lenin und der Aufbau revolutionärer Parteien

Vor 86 Jahren, am 15. Januar 1919, wurden die GründerInnen der KPD Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von reaktionären Freikorps umgebracht. Dieses Verbrechen beraubte die Revolution ihrer fähigsten Köpfe. Es erfolgte unter Befehl der SPD-Führer, v.a. Gustav Noskes, der von sich sagte, dass er den „Bluthund spielen müsse", um die Revolution zu stoppen.

Hintergrund

Noch zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die deutsche Sozialdemokratie ein Vorbild für SozialistInnen auf der ganzen Welt – sie zählte eine Million Mitglieder, führte starke Gewerkschaften, hatte Dutzende Tageszeitungen und stellte die größte Fraktion im Reichstag.

Doch schon zur Jahrhundertwende merkten einige wenige MarxistInnen, dass etwas in der Sozialdemokratie faul war. Statt für „die Abschaffung aller Klassenherrschaft" zu kämpfen (wie im Parteiprogramm stand), waren viele Funktionäre in Routine versunken: eine Zeitung herausgeben, Wählerstimmen sammeln, ab und zu eine Demo oder einen Streik organisieren – um dafür ein gut bezahltes Bürokratenpöstchen zu erhalten. Eine Revolution würde diesen gemütlichen Lebensstil nur stören!

Die SPD-Führung hielt an der Theorie des „revolutionären Umsturz" fest, doch ihre Praxis war reformistisch. Der rechte Flügel der Partei argumentierte offen, dass man den Kapitalismus durch Reformen so lange umformen könnte, bis er zum Sozialismus geworden wäre.

Haupttheoretiker dieser reformistischen Strömung war Eduard Bernstein. Er argumentierte: „Die Bewegung ist alles, das Ziel ist nichts". Mit anderen Worten: nur der Kampf für Reformen und nicht der Kampf für eine andere Gesellschaft war für ihn wichtig.

Die schärfste Kritikerin dieses Opportunismus war Rosa Luxemburg. Ihre Kritik ist zu lesen im Buch: „Sozialreform oder Revolution?"

Der Krieg

Am 1. August 1914 begann der Erste Weltkrieg. Mit ihm versuchten die deutschen Kapitalisten, die Welt neu aufzuteilen, d.h. den Konkurrenten Kolonien und Absatzmärkte abzujagen. Die Mehrheit der SPD-Führung stellte sich hinter „ihre" Bourgeoisie. Sie argumentierte, dieser Krieg – das bis zu diesem Zeitpunkt größte Blutbad in der Menschheitsgeschichte – sei notwendig, um „den Frieden zu sichern"!

Nur eine kleine Minderheit der SPD hielt am revolutionären Internationalismus fest. Karl Liebknecht z.B. stimmte im Dezember 1914 als einziger Reichstagsabgeordneter gegen die Bewilligung der Kriegskredite. Die Internationalisten wie er verfügten über keine eigene Organisation; sie bildeten nur eine kleine, lose Gruppe in der SPD.

Die Novemberrevolution

Im November 1918 hatte die deutsche Arbeiterklasse genug. An der Front krepierten sie, hinter der Front litten sie Hunger. Es gab immer mehr Streiks in den Rüstungsbetrieben und Verbrüderungen an der Front. Zudem hatte 1917 in Russland die Revolution gesiegt. Eine ihrer ersten öffentlichen Dekrete war eines, das zur Beendigung des Krieges aufrief.

Als 1918 die Matrosen in Kiel revoltierten, war das das Signal für die Revolution. Nun gingen auch in Deutschland Millionen ArbeiterInnen auf die Strasse. Überall entstanden Arbeiter- und Soldatenräte. Matrosen und ArbeiterInnen bildeten bewaffnete Milizen. Das waren Keimformen einer sozialis-

★ Fortsetzung auf Seite 11...